

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 3: Materialien zur "Schweiz ohne Armee"

Artikel: Begründung für ein Ja : die Minderheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340721>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begründung für ein Ja

Die Minderheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand

Vorwort

Die Volksinitiative der GSoA ist für die SPS eine Herausforderung. In dem wir uns der Diskussion stellen, nehmen wir die Herausforderung an. Wenn wir für die Debatte genügend Zeit investieren, Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen Positionen einladen, ihnen zuhören, mitdenken und uns mit den verschiedenen Thesen intensiv und in Ruhe auseinandersetzen, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass aus der Herausforderung eine Chance für die SP wird. So kann aus der «Zerreissprobe» eine fruchtbare Probe werden, die wir bestehen können.

Je fairer, offener und ausführlicher auf allen Ebenen unserer Partei diese Initiative diskutiert wird, um so eher können alle den Entscheid des ausserordentlichen Parteitages akzeptieren und andere politische Aufgaben wieder gemeinsam angehen. Wir «Sozialdemokraten/-innen für eine Schweiz ohne Armee» sind bereit, unseren Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung dieser Herausforderung zu leisten. Die folgenden 25 Thesen verstehen wir als einen Teil dieses Beitrages.

A) Grundsätzliche globale europäische Argumentationsebene

1. Wir leben heute in Europa – längerfristig auf der ganzen Welt – in einer neuen historischen Situation, die auch friedenspolitisch ein neues Denken nötig macht: Wir können nicht mehr gegeneinander Sicherheit schaffen und überleben, sondern nur noch miteinander. Sicherheitspartnerschaften müssen alte Feindschaften ablösen. Gegeneinander ist gewiss nicht mehr zu erreichen, als was auch miteinander

der noch schwer genug zu verwirklichen ist. Ein Krieg würde dieses Bemühen und letztlich auch unser aller Zukunft zum Scheitern verurteilen. Das neue friedenspolitische Denken besteht nun darin, den Krieg unter allen Umständen zu verhindern, statt ihn weiterhin vorzubereiten.

2. Statt immer noch und immer wieder das Unmögliche vorzubereiten, nämlich einen künftigen europäischen Krieg überleben zu wollen, sollten wir alles unternehmen, um ihn zu verhindern. Dazu gehört, dass wir all die Mittel, Menschen und Ideen, die wir bisher in die Armee und somit zur Vorbereitung des Krieges investiert haben, zu dessen Verhinderung einsetzen. Was wir für die Armee ausgeben, fehlt uns zur Ausschöpfung all dessen, was uns zur Verhinderung des Krieges zu tun möglich ist.

Es liegt ein eigentlicher Selbstbetrug und ein Betrug gegenüber der Bevölkerung vor, wenn Armee und Zivilschutz vorgeben, sie könnten die Schweizer/-innen vor den katastrophalen Folgen des nächsten Krieges bewahren und sie von der Notwendigkeit entbinden, eine konsequente Friedenspolitik aufzubauen.

3. Die politischen und technologischen Entwicklungen während und nach dem 2. Weltkrieg haben eine welthistorische Zäsur bewirkt: Krieg darf in Europa nicht mehr möglich sein, weil er zum unter Umständen alles zerstörenden Blockkrieg und zum Einsatz aller verfügbaren Massenvernichtungssysteme eskalieren würde. Dies zu erkennen fällt uns oft schwer: Die 2000jährige Kulturgeschichte der Gewalt steht uns ebenso im Weg wie der alte Irrtum, wonach alle den kommen-

den Krieg immer in den Kategorien des letzten gedacht und vorbereitet haben. Doch der nächste Krieg unterscheidet sich diesmal vom letzten eben dadurch, dass auch die Sieger zu den Verlierern gehören würden, dass es also keine Sieger mehr geben kann.

4. Kriege sind keine politischen Optionen mehr, weil die meisten alles verlieren würden. Ein Nachher, Voraussetzung jeder Politik, wird es nicht mehr geben.

Diese Grundeinsicht gilt es als Chance zu nutzen. Auf einer neuen supranationalen Ebene, zum Beispiel in einem qualitativ weiter entwickelten Völkerrecht, gilt es, die den neuen Verhältnissen entsprechenden unmilitärischen Umgangsformen unterschiedlicher Staaten und die unmilitärischen Regelungen ihrer immer wieder auftretenden Konflikte festzuschreiben. So können Sicherheitspartnerschaften verankert werden.

Weltinnenpolitisch gilt es, die Ressourcen so umzuleiten, dass einem ein Weniger an Militär ein Mehr an Lebenschancen und deren gerechtere Verteilung entspricht. Darin liegt das Wesen der umfassenden Friedenspolitik. Sie erlaubt uns, jene Konfliktpotentiale abzubauen, die früher zu Kriegen geführt haben. Eine so verstandene globale Friedenspolitik erlaubt uns allen, uns vom bisherigen archaisch gewalttätigen Umgang unter den Nationen endlich zu emanzipieren. Wir können auch unter Nationen humaner miteinander umgehen, denn wir können uns diesen alten, primitiven Umgang untereinander auch ökonomisch nicht länger leisten, wonach jeder gegen jeden rüstet, weil jeder potentiell vom anderen als Bedro-

hung für seine eigene Existenz wahrgenommen wird, und jeder meint, nur dann überleben zu können, wenn er des anderen Existenz in Frage stellen kann.

5. Diese friedenspolitische Chance würde uns erlauben, auf all jene wirtschaftlichen, ökologischen und klimatischen Bedrohungen sachgerecht einzugehen, die uns heute und in Zukunft bedrohen. Sie erfordern alles andere als eine militärische Antwort beziehungsweise «Verteidigung». Wir müssen uns hier entscheiden, denn was wir bisher fürs Militär aufbrachten, fehlt uns anderswo dringend.

6. Auch eine «defensive» Armee bereitet den Krieg vor. (Apropos «defensiv»: Welche Armee behauptet nicht, «defensiver» Natur zu sein?) Sie stellt sich und die Menschen auf den Krieg ein. Sie bindet Menschen, Energien, Ressourcen, Kräfte und Geld, die sinnvoller ausgegeben werden könnten. Beispielsweise zur Linderung der Not in der 3. Welt – in dem wir uns dort weniger holen und mehr jenen überlassen, die dort leben.

Die Vorbereitung des Krieges bei uns verursacht dort eine Art Krieg, welcher vielen Menschen das Leben kostet. Mit den 10 Milliarden Franken, welche jährlich in der Schweiz für die militärische Gesamtverteidigung ausgegeben werden, könnte die Nahrung für 10 Millionen Menschen beschafft werden: das sind ein Drittel all jener Menschen, die jährlich auf der Welt sterben müssen, weil sie zu wenig zu essen haben. Insofern wäre die Abschaffung der Schweizer Armee durchaus auch ein Beitrag zu mehr Frieden auf der Welt.

7. So paradox dies auf den ersten Blick erscheinen mag: Kleinere Staaten haben in Europa eine viel grössere Freiheit als grössere, die Konsequenzen aus dieser Chance, diesem Umdenken sowie diesem «neuen friedenspolitischen Denken» zu ziehen und entsprechend zu handeln. Gerade weil

sie klein sind, keine globalstrategischen Verschiebungen bewirken können und würden, könnten sie daraus eine eigene Qualität entwickeln.

Unter den Kleinststaaten wäre die Schweiz zudem aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Ansprüche und ihrer traditionellen Wahrnehmung durch andere Nationen prädestiniert, neue Wege zu gehen. Eine andere Friedenspolitik wäre auch dann sinnvoll, wenn andere uns nicht sofort folgen können.

Die unmittelbare Wirkung der Abschaffung der Schweizer Armee auf andere Staaten überschätzt keine/r der Befürworter/-innen der «Schweiz ohne Armee». Wir müssen allerdings auch keine Angst davor haben, plötzlich zur friedenspolitischen Avantgarde Europas zu werden. Vielmehr müsste es uns doch ängstigen, das Museum der Gewalt und des Militarismus in Europa zu werden: Militarismus im Sinne der Schweizer Innenpolitik der letzten 40 Jahre, welche der Armee einen absolut prioritären Stellenwert einräumte und ihr alle anderen Anliegen unterordnete. Der Erfolg der Rothenthurm-Initiative war ein Zeichen dafür, dass die Mehrheit des Schweizer Volkes diese Prioritätenordnung nicht länger akzeptiert.

B) Schweizerisch innenpolitische Thesen

8. Die Bedeutung der Schweizer Armee ist primär und im Unterschied zu ihrer verfassungsmässigen und politischen Rechtfertigung eine innenpolitische. Sie schreckt keinen äusseren Feind ab, sondern dient vielmehr der Disziplinierung der Landsleute.

Die Schweizer Armee ist vor allem eine grosse Erziehungsanstalt. Sie pflanzt aber den Schweizern/-innen gerade jene Werte ein, die wir für eine sozialdemokratische Zukunft am wenigsten gebrauchen können: Konkurrenz statt Solidarität, Wettbewerb statt Zusammengehörigkeit, Hierar-

chie statt Chancengleichheit, Kampf statt Sensibilität, Brutalität statt Sanftheit. Auf diesem Boden haben es Sozialdemokraten/-innen schwer. So lange solche «Schulen der Nation» wirken, können wir in der Schweiz keine solidarische Gesellschaft aufbauen.

9. Es ist sowohl Ausdruck dieser «Erziehung» als auch gleichzeitig die grösste Beleidigung gegenüber dem Schweizervolk, wenn der Bundesrat meint, die Schweiz hätte nicht nur eine Armee, sondern sei schlicht eine. Schade, dass auch SP-Bundesräte eine solche Landesbeleidigung mit unterschrieben haben; hier haben sie die Chance verpasst, das wesentlich andere unseres sozialdemokratischen Gesellschaftsprojektes herauszuarbeiten und darauf aufmerksam zu machen.

10. Es ist ein höchst bemerkens- und bedenkenswertes helvetisches Paradox, dass unsere zivile Gesellschaft derart durchorganisiert, durchrationalisiert, ja geradezu «militarisiert» ist, dass viele Männer das, was ursprünglich die zivile Lebensfreude und Lebenslust ausmachte, nur noch in der Milizarmee glauben finden zu können. Dort gibt es noch den Schlendrian, die Freiräume, die Naturerlebnisse, die Fotzeleien und Gemeinschaftserfahrungen, die sich der schweizerische Arbeitsalltag nicht mehr glaubt leisten zu können und die viele bewusst oder unbewusst täglich vermissen.

Wie traurig muss doch der Alltag vieler sein, dass so viele die drei WK-Wochen als willkommene Abwechslung erleben? Diese Frage diskutieren zu können gehört zum Spannendsten im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Schweiz ohne Armee». Sie erlaubt uns die stimulierende Thematisierung eines anderen Tabus, des Arbeitsalltages, welcher so viele Schweizer/-innen mit einem so falschen Bewusstsein prägt.

11. Wirtschaftlich hat die Schweiz

gute Voraussetzungen zur Entmilitarisierung. In wenigen Staaten sind die wirtschaftlichen Strukturverhältnisse (viele Betriebe mit kleinen Rüstungsanteilen statt einige wenige grosse Rüstungsfabriken, viel Import, wenig wirklich helvetische Waffenschmieden) derart günstig für einen Abbau der Armee.

Zumal nach der Abschaffung der Armee so viel Geld zur Verfügung steht, dass niemandes Existenz bedroht ist, wenn wir dies politisch nicht wollen.

12. Völkerrechtlich ist die Schweiz völlig souverän, das zu tun, was sie für richtig hält. Niemand zwingt uns eine Armee auf. Das alte Völkerrecht besagt nur, dass Neutrale ihr Territorium gegen Angriffe von aussen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen sollten. Wenn neutrale Staaten eine Armee haben, müssen sie sie zur Verteidigung auch einsetzen. Doch sagt das Völkerrecht nichts aus über die Mittel, die ein neutraler Staat sich beschaffen muss. Es zwingt ihm keine Armee auf. Er könnte es auch anders versuchen, wenn er will.

Im 19. Jahrhundert haben offenbar einige Staaten von den Neutralen sogar erwartet, dass sie zum eigenen Schutz andere als militärische Massnahmen vorkehren.

Im übrigen ist das geltende Völkerrecht bezüglich neutraler Staaten noch sehr einem konservativen Geist des 19. Jahrhunderts verhaftet und müsste im Lichte der Erkenntnisse des Atomzeitalters überdacht und weiterentwickelt werden.

13. Mit der Abschaffung der Armee und mit den so gewonnenen Ressourcen hätte die Schweiz die einmalige Chance, zum Abbau eines der grössten Skandale unserer Zeit beizutragen. Anders als ein Skandal lässt sich das Hungern von Millionen von Menschen auf der gleichen Welt, in der andere Menschen so viel Ressourcen verschleudern, nicht be-

zeichnen. In dem sie zum Abbau der globalen Ungerechtigkeiten verwendet, was sie bisher für Militär und Rüstung ausgegeben hat, würde die Schweiz ihrem eigenen Selbstverständnis auf einmal wirklich näherkommen.

14. Die Chance der Armeeabschaffung wäre nicht nur die Reinigung der helvetisch politischen Stickluft, sondern auch die Einführung echter Möglichkeiten, im «In- und Ausland» einen zivilen und sozialen Dienst im Interesse von uns allen leisten zu können. Dies, das ist vielen Initianten/-innen der «umfassenden Friedenspolitik» wichtig, auf freiwilliger Basis, jedoch mit einem staatlichen Lohn und der Gutschrift eines Bildungsbons in der Länge der der friedlichen Weltinnenpolitik zur Verfügung gestellten Lebenszeit. Dieser soziale und zivile Effort im Allgemeininteresse hätte seelisch und geistig einen Gewinn von unanschätzbarem Wert für Hunderttausende von jüngeren und älteren Menschen in der Schweiz und anderswo zur Folge. Gleichzeitig bekäme die Schweiz für die Völkergemeinschaft einen Sinn und einen Wert, wie sie ihn nach der Gründung der Eidgenossenschaft als Fluchtstätte von politisch Verfolgten aus aller Welt suchte und im Laufe des 20. Jahrhunderts verlor.

Dies ist nur einer von vielen Dutzend Reformvorschlägen, welche die GSoA zur Konkretisierung des zweiten Teils der Initiative, der «umfassenden Friedenspolitik», entwickelt hat. Sozialdemokraten/-innen könnten dazu aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen noch weitere Beiträge leisten.

C) Spezifisch sozialdemokratische Argumente zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung in der Schweiz

15. Die Sozialdemokraten/-innen sind jene, welche ihre Politik bisher am weitsichtigsten, mutigsten und konsequentesten am

Wohl der vielen kleinen Leute inner- und ausserhalb der Schweiz orientiert haben. Um diesen Mut, diese Weitsicht und diese Konsequenz müssen wir uns auch friedenspolitisch bemühen und uns inhaltlich auf die Höhe der Zeit begeben. Wenn wir wirklich der in den vorangegangenen Thesen dargelegten Überzeugung sind, müssen wir auch politisch dazu stehen und die entsprechenden Weichen stellen. Auch wir können und müssen einen Beitrag leisten zum Abbau der Gewalttätigkeit, wollen wir nicht selber zu Opfern der Gewalt werden.

16. Wir vertreten ein Politikverständnis, das den Problemen auf den Grund zu gehen sucht und jene Lösungen umsetzen will, welche die Probleme wirklich überwinden können. Wir möchten dies auch hier tun und die Menschen dafür gewinnen und mobilisieren – selbst wenn dies unbequem sein mag. Dies als wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung eines neuen politischen Denkens und Handelns.

17. Eine glaubwürdige, kritische und für kritisch mitdenkende und handelnde Menschen attraktive SPS kann nicht nur jene Alternativen und Problemlösungen akzeptieren, welche mit der herrschenden Konkordanz in der schweizerischen Politik vereinbar sind. Wir müssen offen sagen und dafür Überzeugungsarbeit leisten, was sachlich aus unserer Sicht richtig ist. Es kann nicht sein, dass politisch für uns falsch ist, was viele Sozialdemokraten/-innen sachlich als richtig erachten.

18. Wer glaubt, dass wir mit einem so begriffenen Politikverständnis als SPS unseren Wählerinnen- und Wähleranteil nicht im gewünschten Mass ausbauen könnten, dass wir sogar keine «Volkspartei» mehr bleiben würden, unterschätzt unseres Erachtens unsere jetzigen und potentiellen Wähler/-innen. Wir dürfen davon ausgehen, dass vor allem jene Menschen der SPS Sym-

pathien entgegenbringen, welche selbständig denken und urteilen können. Diese verlangen aber von uns, dass wir zu unseren Überzeugungen stehen und nicht anders reden als wir denken.

19. Diese Volksinitiative ist die Chance für die SPS, ein zukunfts-trächtiges politisches Profil zu entwickeln. Sie erlaubt uns auch, friedenspolitisch den Schritt ins 21. Jahrhundert vorzubereiten. Die Initiative deutet auch darauf hin, wo neue Mehrheiten aufgebaut werden können. Wer will sonst jene Viertelmillion Bürger/-innen vertreten in den Parlamenten, welche auf den Strassen und Plätzen der Schweiz beim Unterschriftensammeln mündlich und/oder schriftlich ihr Einverständnis mit der Abschaffung der Armee bekundet hatten? Gerade weil heute noch nicht alle Bürger/-innen von der Schweiz ohne Armee überzeugt sind, kann sich die SPS dafür einsetzen. Es gehört zu unserer politischen Identität, kritische Fragen zu stellen und die Menschen für jene Antworten zu überzeugen, die uns richtig erscheinen.

20. Selbstverständlich setzt die Abschaffung der Armee einen relativ breiten Konsens in der Bevölkerung voraus. Doch ein solcher neuer Konsens bildet sich nicht von selber, er muss erarbeitet werden. Wir müssen heute mit seinem Aufbau beginnen. So werden wir in Zukunft einen neuen Konsens finden, der uns erlaubt, die jetzigen und künftigen Herausforderungen wirklich zu bestehen. Ein neuer Konsens schafft auch für eine alte Oppositionsbewegung neue Handlungsmöglichkeiten, wenn sie an dessen Aufbau mitgewirkt hat.

21. Wenn die Schweizer Armee nicht die schlimmste aller Armeen ist, heisst dies noch lange nicht, dass sie an sich nicht schlimm ist und dass es uns ohne sie nicht viel besser gehen könnte. Gerade weil wir keine Berufsarmee haben und in einer Demokratie leben, können wir sie auch



Nach 26 Jahren und im achten Anlauf haben die Baselbieter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit dem kantonalen Parteipräsidenten Peter Schmid den zweiten Sitz in der fünfköpfigen Exekutive mit einem Sieg über den FDP-Kandidaten Nordmann zurückerobert. Die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP sind damit nur noch mit je einem Sitz in der Regierung vertreten.

abschaffen wollen und Entsprechendes unternehmen.

Die Emanzipation der Menschen von der Gewalt im allgemeinen und von der Armee als gewalttätigem Instrument im besonderen ist eine kulturelle Leistung von epochaler Grösse. Gerade dort, wo in dieser Perspektive schon Leistungen vollbracht worden sind, können weitere Schritte vorbereitet, ermutigt und schliesslich auch getan werden.

Die Tabuisierung der Armee in der Nachkriegszeit war eine Folge der «kollektiven Lebenslüge» (Hans Saner), wonach allein die Armee und nicht auch die wirtschaftliche Kollaboration mit den Nazis (Produktion für die deutsche Kriegswirtschaft, gesicherte NS-Transit-Wege, Wäscherei von Raubgold aus ganz Nazi-Europa) und die Abweisung von 15 000 dem Tod geweihten Juden an den Schweizer Grenzen verantwortlich dafür gewesen wäre, dass die

Schweiz nicht zum Kriegsschauplatz geworden war.

Diese helvetische Lebenslüge und diese Tabuisierung dürfen jetzt nicht zu einem neuen Mythos führen, wonach wir Schweizer friedliebender wären als andere und unsere Armee weniger kriegerischen Zwecken diene als andere Armeen. Gerade die Sozialdemokratie kann der Schweiz helfen, ihre eigene Geschichte der Gewalt weder zu verdrängen noch zu verherrlichen, sondern eine neue Perspektive zu eröffnen, in der die Gewalt sukzessive abgebaut wird. Nichts anderes will eine umfassende Friedenspolitik.

22. Jeder Mensch, sei dies einzeln, in einer Gruppe oder als Teil einer Nation, kann etwas in der ihm und ihr richtig scheinenden Richtung tun. Unsere territoriale Kleinheit ist kein Hindernis dafür, politisch konsequent zu handeln. Im Gegenteil, die

Kleinheit der Schweiz ist ihre Chance, friedenspolitisch etwas anstossen und in Bewegung setzen zu können, ohne zu stören. 23. Friedenspolitisch hat die SPS heute in der Schweiz nicht viel zu verlieren. Besonders die Sozialdemokraten/-innen haben in den vergangenen 40 Jahren immer wieder die Erfahrung machen können, dass viele kleine friedensfördernde Reformbegehren vom Waffenausfuhrverbot bis zur Einführung des Zivildienstes und der Schaffung eines kritischen Friedensforschungsinstitutes durch arrogante bürgerliche Mehrheiten in den eidgenössischen Räten extremisiert und abgeschmettert worden sind. Diese Erfahrung ermutigt uns, ein anderes politisches Vorgehen zu wählen – zumal dies uns auch sachlich angebracht erscheint –, damit in absehbarer Zeit auch kleinere friedensfördernde Refor-

men möglich werden. Diese neue Taktik mit den damit verbundenen Grundsatzdiskussionen ist auch unmittelbar politisch fruchtbar. Dies haben die guten Ergebnisse der Rüstungsreferendums- und Rothenthurm-Initiativen gezeigt. Gerade weil es während der letzten fünf Jahre immer üblicher geworden ist, grundsätzlich über die Armee zu sprechen und sie in Frage zu stellen, können mit dem Vorwurf der «Armeefeindlichkeit» auch nur noch wenige so erschreckt werden wie früher.

24. Die SPS muss ein inspirierender Teil der Reformbewegungen in der Schweiz bleiben. Sie muss ihnen nicht unbedingt an der Spitze vorangehen – das hat ihr auf diesem Gebiet ja die GSöA mit der Sammlung von 111 300 Unterschriften auch abgenommen. Doch einmal in Gang gekommen, darf sich die SPS, wenn sie ihren eigenen Utopien und ih-

rem emanzipativen Politikverständnis treu bleiben will, den Reformprozessen nicht verschliessen, sondern muss sich unter sie mischen und sich mit ihren Erfahrungen und Perspektiven einbringen.

25. Wir Sozialdemokraten/-innen haben in der Schweiz eine besondere, kritische – «denkstössige» – Aufgabe zu übernehmen. Packen wir sie auch in diesem Fall an. Friedenspolitik heisst nicht, den Konflikten aus dem Wege zu gehen, die als Frucht politischer Freiheit notwendig sind. Friedenspolitik bewirkt, diese Konflikte möglichst gewaltfrei und ohne Verletzung austragen zu können. Zeigen wir, dass wir dies auch in unserer eigenen Partei zu verwirklichen vermögen. So werden wir stärker und wachsen an den wesentlichen Aufgaben dieser Zeit.

Die SPD diskutiert ein neues Grundsatzprogramm

Arbeit – Wirtschaft – Ökologie

Zwei Kapitel aus dem Programmtext

Die SPD erstrebt eine «solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne Klassenvorrechte». So steht es im zweiten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, der von einer Kommission unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel erarbeitet worden ist. Die beiden Abschnitte über «notwendige Arbeit und freie Tätigkeit» sowie über «ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften» waren in der Kommission lange umstritten. Der (Partei-)Öffentlichkeit sind sie bisher nur auszugsweise bekanntgeworden. Der nachfolgende Text ist eine unredigierte Fassung.

Die Bedeutung der Arbeit

Arbeit ist eine Existenzbedingung der Menschen. Durch

Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben benötigen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind die Quellen des Reichtums.

Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Teilung der Arbeit, Umfang der Arbeitszeit, Aufteilung von Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, Gemeinschaftsarbeit und freie Eigenarbeit bleiben deshalb in der Verfügung der Menschen und sind politisch gestaltbar. Jede dieser Formen schafft Werte,

kann Menschen ausfüllen und bereichern, aber auch Entfremdung und Leid zufügen. Jede dieser Formen ist auf die anderen angewiesen. Alle zusammen bestimmen unsere Lebensqualität. Arbeitsfreude und Arbeitsleid waren stets Bestandteile des menschlichen Lebens. Arbeitsfreude dient der Lebensfreude und der Selbstverwirklichung. Im gestaltenden Umgang mit Stoff, Werkzeug und Maschine, beim Entwerfen, Planen und Organisieren, beim Leisten von Diensten, in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Menschen in der Gesellschaft, in Betrieben und im Haushalt entwickeln Menschen ihre Persönlichkeit. Arbeitsleid entsteht aus übergrossen Belastungen oder Unterforderungen, aus Unter-